

Reformen statt Kahlschlag

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Gemeindefinanzreform, Gewerbesteuerge-
gebung, Hartz-Konzept. Sicherlich haben Sie diese
Begriffe in den letzten Monaten schon häufig gehört
und gelesen. Dabei geht es für uns in Nürnberg wie
auch in allen anderen deutschen Städten ans Ein-
gemachte.

Schuld an der Situation ist nicht nur die schlechte
wirtschaftliche Entwicklung. Bund und Länder haben
den Kommunen auch immer mehr Aufgaben zuge-
wiesen, ohne ihnen dafür das Geld zu geben. Die
Bundesentscheidung ist richtig, dass Kinder über drei
Jahren einen Kindergartenplatz erhalten, aber das
Geld dafür haben die Städte nicht bekommen. Zwei
andere Beispiele sind das Kindergeld und die Grund-
sicherung für Rentner und Erwerbsunfähige: Die
Kommunen müssen diese Leistungen mitfinanzieren,
obwohl es sich um Aufgaben des Bundes handelt.

Mit diesem Schreiben möchte Sie die Stadt Nürnberg
über die aktuelle Finanzkrise unserer Stadt und die
Bedeutung der Gemeindesteuerreform informieren.

Die Stadt Nürnberg bietet ihren Bürgerinnen und
Bürgern Leistungen, die für eine lebenswerte
Kommune selbstverständlich sind wie zum Beispiel
Straßenbeleuchtung und Müllabfuhr, U-Bahnen und
Busse, Schulen und Kindergärten, Bibliotheken und
Schwimmbäder, Theater und Museen, Tiergarten
oder den täglichen Service in den Ämtern der Stadt-
verwaltung. Die Kommunen sind die wichtigsten
Träger öffentlicher Dienstleistungen und lebens-
notwendiger Infrastruktur. Doch ohne eine grund-
legende Reform der Gemeindefinanzen drohen viele
Leistungen der Kommunen unter die Räder zu
kommen.

Die wichtigste Einnahmequelle der Städte ist die
Gewerbesteuer. Doch immer weniger Unternehmen
zahlen diese Steuer, weil sie Schwächen der Steuer-
gesetze ausnützen. Gleichzeitig haben Bund und
Länder ihren Anteil erhöht, den sie sich davon
nehmen. Zudem sind die Sozialausgaben der Städte
wegen der Arbeitslosigkeit stark gestiegen. Weniger
Einnahmen, mehr Aufgaben – damit muss Schluss
sein.

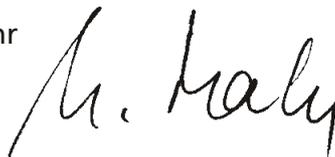
Nürnberg erhält heuer rund 100 Millionen Euro
weniger Gewerbesteuer als vor drei Jahren. Das ist
eine Größenordnung, die wir nicht aus eigener Kraft
einsparen können. Nur zum Vergleich: Der Betrag ist
mehr als dreimal so hoch wie alle unsere Zuschüsse
für Soziales, Kultur, Sport und Umwelt.

Die Zahlen machen deutlich: Die Kommunen brau-
chen eine Gemeindefinanzreform so schnell wie
möglich. Sie müssen ihren Aufgaben entsprechend
finanziell ausgestattet werden und ihre Handlungs-
fähigkeit zurückgewinnen. Die Einnahmen der
Kommunen müssen gestärkt und stabilisiert werden.
Darin sind sich alle Kommunalpolitikerinnen und
-politiker in allen deutschen Städten über alle Partei-
grenzen hinweg einig.

Deshalb fordert die Stadt Nürnberg die Entschei-
dungsträger im Bundestag und Bundesrat auf, sich bei den
entsprechenden Abstimmungen für eine gesicherte
finanzielle Zukunft Nürnbergs und der deutschen
Kommunen einzusetzen.

Bitte unterstützen Sie uns dabei und rütteln Sie die
Verantwortlichen wach. Wer die Kommunen knapp
bei Kasse hält, schränkt letztlich die Freiheit von
Bürgerinnen und Bürgern ein!

Die Kommunen werden sich in den nächsten Wochen
durch vielfältige Aktionen für eine sinnvolle Reform
einsetzen. Auch die Stadt Nürnberg streitet für ihre
Bürgerinnen und Bürger. Am Freitag, 7. November
2003, ist ein bundesweiter Aktionstag geplant. Es
wird deshalb zu Einschränkungen im Publikums-
verkehr und bei städtischen Einrichtungen kommen.
Wir bitten Sie dafür heute schon um Verständnis.

Ihr


Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Nürnberg, 17. Oktober 2003

Nürnberg

Reformen statt
Kahlschlag

Eine Aktion des Deutschen Städtetages und
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes